

Rentenpolitik der Bundesregierung ist Armutszeugnis vor allem für Frauen

Rentenpolitik der Bundesregierung ist Armutszeugnis vor allem für Frauenfrauen />

"Die Renten- und Arbeitsmarktpolitik der schwarz-gelben Regierung ist ein Armutszeugnis. Vor allem für Frauen. So erhalten immer noch zwei von drei Frauen eine Rente, die unterhalb der Grundsicherung liegt. Auch müssen viele Frauen im Rentenalter einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, um sich den Lebensunterhalt zu finanzieren. Und der Trend zu Kürzungen von Sozialleistungen und zum Ausbau von prekären Beschäftigungsverhältnissen besagt ganz klar: die Armutsquote von Frauen wird weiter steigen", so Yvonne Ploetz, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März. Ploetz weiter:

"Die von der Regierung hochgelobte Zuschussrente wird die Armutsprobleme der Rentnerinnen nicht lösen. Was wir brauchen, sind Reformen, die den Frauen zu gute kommen, die das Thema einer eigenständigen Alterssicherung von Frauen in den Mittelpunkt stellen. Dabei muss sowohl das allgemeine Rentenniveau als auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Beachtung finden. Ebenso gehören prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie beispielsweise Teilzeitbeschäftigung und Minijobs, welche mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden, sowie Lohnrückstände auf den Prüfstand.

beispielsweise Teilzeitbeschäftigung und Minijobs, welche mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden, sowie Lohnrückstände auf den Prüfstand.

beispielsweise Teilzeitbeschäftigung und Minijobs, welche mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden, sowie Lohnrückstände auf den Prüfstand.

beispielsweise Teilzeitbeschäftigung und Minijobs, welche mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden, sowie Lohnrückstände auf den Prüfstand.

beispielsweise Teilzeitbeschäftigung und Minijobs, welche mehrheitlich von Frauen ausgeübt mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden, sowie Lohnrückstände auf den Prüfstand.

beispielsweise Teilzeitbeschäftigung und Minijobs, welche mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden, sowie

Pressekontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

pds-im-bundestag.de fraktion@linksfraktion.de

Firmenkontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

pds-im-bundestag.de fraktion@linksfraktion.de

Nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 setzt sich die Linkspartei-Bundestagsfraktion für die 16. Legislaturperiode aus 54 Abgeordneten zusammen. Sie trägt den Namen ?DIE LINKE..